

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	30.03.07

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/5494/07) am 22.03.2007

Anwesend sind die Stadtverordneten:

Vorsitz

Frau Renate Warnecke ,

von der CDU-Fraktion

Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Dirk Jaschinsky , Frau Nicole Kleinert , Herr Jan Phillip Kühme , Herr Karl-Friedrich Kühme (für Herrn Andreas Bergmann), Frau Ute Mindt (für Frau BM Silvia Kaut),

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Frau Sanda Grätz , Frau Christina Siemon ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

als fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Frau Elisabeth August (PDS-Fraktion) ,

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Wolfgang Schulze (Ratsgruppe REP) ,

von der Verwaltung

Herr StD Dr. Johannes Slawig , die Beigeordneten Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Thomas Uebrick ,
Frau Christiane Gastmann (105.2) , Frau Heike Hellkötter (105) , Herr Ulrich Kronenberg (000),
Herr Norbert Mönnick (GMW.FB1), Herr Peter Kobelt , Herr Uwe Waldinger , Herr Franz Heilmann
, Frau Martina Schmidt , Herr Klaus Zieglam , Prüferinnen und Prüfer (002)

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 16.35 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigt die **Vorsitzende** Herrn Oberbürgermeister Jung, Frau Beig. Drevermann und Herrn Beig. Bayer. Sie fragt, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gebe; dies ist nicht der Fall. **Herr Heilmann** stellt sich als Leiter der Antikorruptionsstelle vor, **Herr Harrell** als Jurist im Rechnungsprüfungsamt.

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungen im Zeitraum 01.07.06 - 31.12.06 Vorlage: VO/0154/07 Öffentl.

Lfd. Nr. 18

Die **Vorsitzende** spricht ein Lob dafür aus, dass es in dem geprüften Bereich dieses Mal keine Beanstandungen gegeben habe. **Frau Stv. Kleinert** schließt sich diesem Lob an.

Lfd. Nr. 19

Herr Stv. Jacob fragt, warum ungerechtfertigte Tagelohnnachweise durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) aber nicht durch die Fachverwaltung oder den externen Planer erkannt worden seien.

Herr Mönnick erläutert, es gehe nicht darum, dass die Tagelohnleistungen nicht erbracht worden seien, sondern sie seien nicht ausreichend belegt worden. Die Meinungen über den ausreichenden Beleg gingen etwas auseinander. Die Bauleitung vor Ort wisse sicher eher, welche Leistung erbracht worden sei; für die nachgelagerte Prüfung beim Gebäudemanagement (GMW) bzw. im RPA sei dies schwerer nachzuvollziehen. Tagelohnleistungen seien aber die Ausnahme. In der Regel würden vorher erfasste Leistungspositionen beauftragt. Nur wenn diese nicht ausreichten, beauftrage man Tagelohnleistungen, und nur bei einem Teil der Tagelohnleistungen bestünden Beanstandungen bezüglich der Belegung.

Herr Stv. Jacob fragt, ob die durch das RPA möglich gewordene Kürzung der Schlussrechnung um rd. 112.000 € zur Kürzung des Honorars des externen Planers geführt habe.

Herr Mönnick bestätigt, dass eine Kürzung des Honorars vorgenommen worden sei. Anregungen des RPA würden mit aller Konsequenz aufgegriffen. Mit der betreffenden Firma liege das GMW im Streit und setze sich nun gerichtlich mit ihr auseinander.

Frau Schmidt erläutert zur ersten Frage von Herrn Stv. Jacob, es gehe nicht nur um nicht ausreichend belegte Tagelohnleistungen sondern auch darum, dass dem Bauleiter selbst die Abrechnung nicht klar gewesen sei; sonst hätte es die Möglichkeit der Kürzung nicht gegeben.

Frau Stv. August bemerkt, sie entnehme dem Bericht, dass es nicht immer zweckmäßig sei, externe Bauleiter zu beauftragen. Sie fragt, ob es Überlegungen gebe, die Beauftragung Externer aufzugeben.

Die **Vorsitzende** antwortet, man könne nicht davon abgehen, da das GMW nicht in der Lage sei, seine Maßnahmen mit eigenem Personal auszuführen.

Auf die Frage von **Frau Stv. August**, ob man das Personal erweitern könne, antworten **Frau Stv. Kleinert** und die **Vorsitzende**, dass dies unwirtschaftlich sei.

Frau Stv. Kleinert ergänzt, auch mit eigenem Personal könnten derartige Beanstandungen nicht ausgeschlossen werden.

Herr Stv. Jacob fragt, ob die regelmäßige Teilnahme des Bauherren-Vertreters an der Abnahme vor Ort unter Mitwirkung des externen Partners schriftlich vorgesehen sei.

Herr Mönnick bestätigt dies. Es erfolge auch eine förmliche Abnahme mit schriftlichem Protokoll.

In Anlehnung an den Vorgang hegt **Herr Stv. Jacob** den Verdacht, dass dieses Verfahren so nicht praktiziert worden sei.

Herr Mönnick ergänzt, dass es sich bei der ersten Maßnahme um eine Schadstoffsanierung gehandelt habe. Die Teilabnahmen seien dabei durch notwendige Sicherheitsvorkehrungen stark erschwert.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/0154/07 Öffentl. ohne Beschluss entgegen.

2

Verschiedenes

Herr Kobelt erläutert, der Bericht des RPA über die Prüfungen im Zeitraum 01.07.06 bis 31.12.06 sei etwas kürzer als normalerweise. Grund hierfür sei die Einbindung des RPA in das Projekt NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement). Das RPA sei von Anfang an beratend tätig gewesen. Zurzeit seien 5 Mitarbeiter des RPA mit 70% ihrer Kapazität beratend und begleitend tätig; dies mache ca. 3,5 Stellen aus. Darüber hinaus würden, bis auf wenige Ausnahmen, alle Mitarbeiter des RPA für das NKF sehr zeitintensiv geschult. Es seien rd. 9 Stellen Kapazität hierfür erforderlich. Auch in Zukunft entstünden Belastungen; so seien auch die Vor- und Nacharbeiten aufwändig. Die Handreichung des Innenministers zum NKF umfasse beispielsweise 485 Seiten. Der Ausschuss habe um einen Bericht darüber gebeten, wie sich das RPA die Prüfung unter NKF vorstelle. Das RPA habe interne Teams gebildet, die sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Er plane, Herrn StD Dr. Slawig noch vor den Sommerferien die Ergebnisse vorzulegen. Der Rechnungsprüfungsausschuss solle in seiner August-Sitzung entsprechend informiert werden; eine Konkretisierung könne in der folgenden Sitzung erfolgen. Das RPA empfehle, die Mai-Sitzung, die nach einer Terminverlegung jetzt für den 16.05.07 geplant sei, wegen fehlender Tagesordnungspunkte ausfallen zu lassen.

Es besteht kein Widerspruch gegen diesen Vorschlag.